

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 55477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreis:** Die 7 gesaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Plakatschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gesaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Bayerns Rückzug.

München, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In letzter Stunde wurde gestern Abend eine amtliche Erklärung der bayerischen Regierung herausgegeben, in der es heißt: „Staatsregierung und Konstitutionspartei haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrseitigen Beratungen, die in erfreulicher Einmütigkeit geführt wurden und auch von der Presse in dankenswerter Gesinnung unterstützt wurden, den bisherigen Standpunkt der bayerischen Regierung festzuhalten, ist, so beweist dies erneut aller Welt, daß das bayerische Volk und seine Regierung in der Erhaltung des unentbehrlichen Selbstbestandes auch heute noch eine Lebensfrage erblicken. Die bayerische Regierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungeheuerlichen Reparationsforderungen ablehnt, auch dem unmöglichen Entwaffnungsdiktat nicht zustimmen dürfe, da beide ein zusammenhängendes Ganze bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zuzustehen.“

In dieser Erklärung, die in später Abendstunde geteilt noch an die Presse gegeben wurde, tritt die Regierung Rache unter mächtigen Phrasen den Rückzug an. Sie überbürdet die ganze Verantwortung auf das Reich und will sich dadurch gegenüber den Dringenden stellen.

## Differenzen unter den bayerischen Abgeordneten.

München, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die in der Berliner Presse auftauchenden Gerüchte, daß die Einwohnerwehren mobilisiert worden seien, sind nicht richtig. Dagegen hat am Dienstag eine Konferenz der Führer der Einwohnerwehren des bayerischen Oberlandes stattgefunden. Diese Konferenz wurde auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten zusammenberufen und sollte darüber beraten, ob die Einwohnerwehren bereit sei, auf Veranstaltung des bayerischen Ministerpräsidenten auf dem Königsplatz eine große Demonstration zu veranstalten, wie im vorigen Jahre beim Einwohnerwehrtreffen. Diese Demonstration sollte eine machtvolle Kundgebung gegen die Forderungen der Reichsregierung an Bayern sein. Innerhalb der Führer der Einwohnerwehren bestanden aber starke Gegensätze zwischen der bayerisch-separatistischen und der preußisch-alledeutschen Richtung. Diese Gegensätze kamen bei der Beratung am Dienstag sehr stark zum Ausdruck und ein Teil der Einwohnerwehrlisten verweigerte Herrn von Kahr die gewünschte Gesetzmäßigkeit. Diese Uneinigkeit in der Einwohnerwehre und das Abstreifen eines Teiles der Führer derselben von der bayerischen Regierung veranlaßte, daß Herr von Kahr seinen Rückzug gefordert unter recht starken Worten gegen die Entwaffnung antrat.

Die Note der bayerischen Regierung an die Reichsregierung soll gestern Abend noch nach Berlin abgegangen sein. Es ist zu erwarten, daß sie heute dem Minister Dr. Simons überreicht wird.

## Kein Diktat der Entente.

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Was der Vertreter der Sowjetischen Zeitung aus Paris vom 10. Februar berichtet, wurde ihm heute mittags nochmals unabweisend an zukünftiger französischer Stelle erklärt, daß die Pariser Beschlüsse der verbündeten Mächte entgegen anderslautenden Presseäußerungen keineswegs ein Diktat darstellen, sobald sie die Wiederherstellung betreffen sondern als ein Deutschland unterbreiteter Vorschlag zu betrachten sind.

## Deutschland erklärt das Kohlenabkommen für unerfüllbar.

Berlin, 10. Februar. Am 7. Februar hat die deutsche Kriegskostenkommission der Reparationskommission über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen eine Note übergeben, in der unter Hinweis auf die am 28. Januar übergebene Denkschrift betont wird, nach den bei den bisherigen Lieferungen gemachten Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Lebensprogramms sei nicht damit zu rechnen, daß keine Auslieferung möglich sein wird. Die von Deutschland für die vorangegangenen Lieferungen gelassen über das mögliche Maß hinaus, weshalb Deutschland auch nicht für die Ausfälle verantwortlich gemacht werden könne. Auch hinsichtlich der Forderungen und Beschwerden über die Beschaffenheit der Ware konnte bisher ein Weg zu einem Einvernehmen nicht gefunden werden. Dasselbe ist in der Preis- und Transportfrage der Fall. Die Note weist schließlich darauf hin, daß bei den Verhandlungen über die künftigen Kohlenlieferungen in Paris beiderseits davon ausgegangen wurde, es würden neue Bestimmungen über ein endgültiges Lieferungsprogramm erlassen sein.

## Prozeß gegen Arbeiter wegen der März-Kämpfe.

Essen, 11. Februar. (TU.) Vor dem hiesigen Schwurgericht haben gestern nachmittags der Prozeß seinen Anfang, in dem

die Klage der Bezahlung des Essener Wasserturms anlässlich des 10. März v. J. zur Verhandlung steht. Unter Anklage stehen 15 ehemalige Kolgardisten, darunter auch ein Betriebsratsmitglied der Firma Krupp und der Dreher Bernhard Schlichter, dessen Freilassung die radikale Arbeiterschaft von Essen und Hattungen kürzlich durch Kundgebungen und ein Ultimatum zu erzwingen suchten. Kurz nach Eröffnung der Verhandlung beantragt der erste Verteidiger, Rechtsanwalt Osch die Angelegenheit zu verlagern mit der Begründung, daß den Verteidigern nicht hinreichend Zeit zur Verfügung gestanden habe, die sechs Bände starken Anklageakten zu studieren. Adhuc beantragt der erste Verteidiger, sämtliche Richter des Essener Landgerichts, sowie die Geschworenen wegen Befangenheit abzusehen. Die Verhandlungen über diese Anträge waren in den Nachmittagsstunden noch nicht abgeschlossen.

## Drohender allgemeiner Eisenbahnerstreik in England.

Als Protest gegen die Vergewaltigung Irlands.

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Brüssel wird unterm 10. Februar gemeldet: England ist seit Mittwochabend überraschend vor die Möglichkeit eines allgemeinen Eisenbahnerstreikes gestellt. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer hat dazu die Initiative ergriffen auf Grund von nicht ganz aufgeklärten, aber zweifellos ersten Ereignissen auf dem Bahnhof in Malloow der Grafschaft Cork (Irland) am 31. Januar. Ein Einfluß der übrigen Eisenbahngewerkschaften liegt noch nicht vor, jedoch ist es durchaus möglich, daß bei der Stimmung der Arbeiterkreise gegenüber der irischen Politik der Regierung die nationalen Eisenbahngewerkschaften dem Beispiel der Lokomotivführer folgen. Gefordert wird eine Untersuchung und eine Garantie der englischen Regierung für die Sicherheit der Eisenbahnen in Irland bis zum nächsten Dienstag. Auf welchen Tag die Streikforder der Lokomotivführer lautet, ist unbekannt; man nimmt aber an, daß der Streik gegebenenfalls am Dienstag ausbricht.

In Malloow hat sich noch zuverlässigen Nachrichten folgendes abgespielt: Eine Kompanie der Black and Tans, das heißt der Freiwilligen gegen die Sinnfeiner Polizeitruppen überfiel die Eisenbahner auf der Station Malloow zwang sie, sich auf dem Bahnsteig, die Hände hoch zu versammeln und ließ sie dann eine Landstraße herunterlaufen mit der gleichzeitigen Weisung, daß sie für ihr Leben laufen müßten. So wurde auf sie geschossen. Ein Maschinenrangierer Bennett wurde sofort getötet, ein Heizer aus Cork, Mullane starb kurze Zeit darauf an seinen Verletzungen. Eine Anzahl Eisenbahner wurden verwundet. 16 Mann gelang es, auf einer Lokomotive vorher zu entkommen. Der Einfluß der Lokomotivführer ist an Lord George und an den verantwortlichen Mann für England, Samar Greenwood, geschickt worden. Die englischen Arbeiter haben mehrfach Untersuchungsausschüsse nach Irland geschickt und versuchen, vermittelnd zu wirken, besonders in den Fällen, in denen die irischen Eisenbahner sich weigerten, Truppen und Munition zu befördern. Eine derartige Weigerung wird wohl auch der Sache in Malloow zugrunde liegen. Daß durch die Repressalien der Black and Tans die einschlägigen Zustände in Irland noch schlimmer geworden sind, ergibt sich aus dem Bericht des obersten Richters einer Grafschaft, in der allein seit Oktober 139 Fälle von Repressalien, hauptsächlich Verwüstungen von Häusern, festgestellt wurden. Diese Verwüstungen ruinierten außerdem die Finanzen der Grafschaft Clare, die für den angerichteten Schaden aufkommen muß. In Cork ist es soweit gekommen, daß alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren, natürlich durchweg Sinnfeiner, aufgerufen und Kompanien zusammengestellt sind, die zu Streifzügen verpflichtet sind und die Verantwortung tragen, wenn in ihrem Bereich Ueberfälle stattfinden. Die Sinnfeiner Ueberfälle haben gerade seit Verschärfung der Militärdiktatur nicht abgenommen, sondern zugenommen und finden jetzt in großen Banden statt.

## Der Nationalrat der französischen Gewerkschaften gegen Moskau.

Paris, 10. Februar. Wie Peuple mittelst, hat der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes in einer Entscheidung die mit 88 gegen 24 Stimmen angenommen wurde, entschieden, die Frage des Austritts der C. G. T. aus der gewerkschaftlichen Internationale von Amsterdam nicht in Erwägung zu ziehen. Auch dem zukünftigen Gewerkschaftskongreß soll der Anschluß an die gewerkschaftliche Internationale von Moskau nicht empfohlen werden. Diese gewerkschaftliche Organisation mache den Versuch, die Bewegung der politischen Parteien unter zu machen, die sich der dritten Internationale angeschlossen haben.

## Die russische Gewerkschaftskrise und ihre Lehren.

Der Sonderkongreß der Bauarbeiteropposition in Halle ist ein drohendes Zeichen für die Spaltungsbestrebungen der kommunistischen Gewerkschaftszersörer. Er zeigt, wie planmäßig man auf die Zerstückelung der Gewerkschaften hinarbeitet, indem man ständig betont, daß man sie nicht zertrümmern wolle. Während aber auf diesem Kongreß ein Abgeordneter der russischen kommunistischen Partei tönende Begrüßungsworte spricht, hat die kommunistische Partei Rußlands selbst mit einer starken Gewerkschaftsopposition zu kämpfen. Die Ueberspannung der Diktatur der Partei hat in den Gewerkschaften eine syndikalistische Reaktion erzeugt, die bezeichnenderweise geführt wird von jenem Metallarbeiterführer Schlapnikow, der als einer der ersten russischen Gewerkschaftsdelegierten in Westeuropa weilte und in einer Versammlung der führenden Mitglieder der USPD, den deutschen Revolutionären Ratshälften erteilen wollte. Trocki, der, wie seine im Antikautsch abgedruckten Ausführungen zeigen, der extreme Vertreter der Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Staatsgewalt ist, hat durch seine Thesen die Opposition hervorgerufen, die eine größere Selbstständigkeit der Gewerkschaften verlangt. Jene Militarisierung der Gewerkschaften, die sich auf dem Papier so schön systematisch darlegen läßt, hat in der Wirklichkeit vollständig versagt. Sie lebt, wie ein führender Kommunist neulich schrieb, heute nur noch in einigen Randblättern der Dekrete. Das „Gewerkschaftsleben“, das wissenschaftliche Organ der Kommunisten, brachte selbst hinreichend Material über das völlige Fiasco dieser Militarisierung. Es ist daher begreiflich, wenn russische Gewerkschaftler gegen Trocki opponieren und in dieser Opposition weitestgehend an weit gehen, und es zeigt wiederum Lenin als Meister des Opportunismus, wenn er, der sich von Trocki nur graduell unterscheidet, jetzt gegen beide Richtungen kämpft und an vermittelnd sucht. Der von Lenin an den bevorstehenden 10. Kongreß gerichtete Entwurf über die Rolle der Gewerkschaften macht diese Organisationsfrage noch sehr abhängig von Staat und Partei. Es heißt da unter anderem:

„Der Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaftsverbände müsse gegenwärtig in das Gebiet des Organisations- und Wirtschaftsprogramms der russischen kommunistischen Partei verlegt werden. Der Organisationsapparat der verstaatlichten Industrie muß sich in erster Linie auf die Gewerkschaftsverbände stützen. Im Augenblick ist es notwendig, daß die Gewerkschaftsverbände sich unmittelbar an der Produktion beteiligen und zwar nicht nur dadurch, daß sie ihre Mitglieder in die Wirtschaftsorgane abkommandieren. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsverbände Sowjetrußlands bleibt ihre Rolle als Schule des Kommunismus. Eine plötzliche Verstaatlichung der Gewerkschaftsverbände wäre ein großer politischer Fehler, eben deshalb, weil sie die Gewerkschaftsverbände im derzeitigen Stadium ihrer Entwicklung an der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben hindern würde. Die russische kommunistische Partei leitet zweifellos die ganze ideale Seite der Arbeit der Gewerkschaftsverbände. Der Entwurf schlägt jedoch dem 10. Kongreß vor, die Parteioptionen vor einer Einmischung in die laufenden Arbeiten der Gewerkschaftsverbände zu warnen. Eine Hauptaufgabe der Gewerkschaftsverbände ist die Stärkung des idealen und organisatorischen Einflusses des städtischen Proletariats auf die werktätige Bauernschaft und die Erziehung derselben im Sinne der proletarischen Disziplin durch Bildung allgemeiner gewerkschaftlicher Sekretariate in den Gemeinden, Ortschaften und Dörfern.“

In Ergänzung dieser Gedankengänge schreibt Lenin einen bemerkenswerten Artikel gegen Trocki und Schlapnikow, wo es wörtlich heißt:

„So sind wir von kleinen Meinungsverschiedenheiten zum Syndikalismus geblieben, der den vollen Bruch mit dem Kommunismus und die unvermeidliche Spaltung der Partei bedeutet, wenn die Partei sich nicht hart und gesund genug erweist, um sich schnell und radikal vor ihrer Krankheit zu heilen.“

Lenin gibt in seinem Artikel eine Geschichte des Konflikts. Es stehen sich als äußerster Flügel im Streit die Richtungen Trockis und Schlapnikows gegenüber. Schlapnikow vertritt die sogenannte „Arbeiteropposition“ die sich auf die breiten Massen jener gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stützen will, welche durch die militärischen und diktatorischen Methoden der Beeinflussung der Gewerkschaften von oben her zur Opposition veranlaßt, eine sofortige Uebergabe des wirtschaftlichen Staatsapparats an die Gewerkschaften verlangen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat Trocki seine Thesen aufgestellt, welche im Gegensatz dazu die Gewerkschaften ganz unter den Einfluß der kommunistischen Partei und der wirtschaftlichen Sowjetbehörden bringen. Sie mit ihnen verschmelzen und ihnen dann die Produktion übergeben wollen. Trocki hat durch sein Hervortreten den Streit erst recht entfacht und wie Lenin ihm vorwirft, eine „Krautkornbildung“ innerhalb der Partei hervorgerufen. Auch die syndikalistische Opposition ist nur noch härter angewachsen. Sie wird jetzt verstärkt durch verschiedene weitere Gruppen wie die Gruppe des „demokratischen Zentralismus“ unter Sapronow, Mikoi und andere, und die Gruppe Ignatows. Diese Gruppen wetterten nach Lenin darin, den parteilosen Arbeitern die meisten Rechte zu verschaffen. Lenin selbst ist zwar bereit, der „Arbeiter-